

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn Jungfreisinnige	2/3/4 7	Bericht der DV in Lugano Sessionsvorschau	8/9 10	Vorstellung der drei Werte Unter Freisinnigen	14/15 16	Energiesteuer-Initiative Frankenstärke	18/19 20/21
------------------------------	------------	--	-----------	--	-------------	---	----------------

22. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Ein Serviceclub für die Partei

Werner Meier aus Deitingen ist neuer Präsident des Clubs FDP 2000. Die Gönnervereinigung der Kantonalpartei ist gerade im Wahljahr wichtiger denn je.

Seite 2

Zeit zur Wende

Unser Kolumnist fordert die liberale Wende und damit eine bessere Vertretung unseres Kantons in Bern.

Seite 4

Bericht der DV in Lugano

Die FDP-Delegierten sprachen sich klar gegen die zwei Volksinitiativen vom 8. März aus und diskutierten über das neue Positionspapier zum starken Franken. Impressionen der Versammlung im Tessin.

Seiten 8/9

Abstimmungen



Am 8. März 2015 kann das Schweizer Stimmvolk sowohl über die CVP-Familieninitiative, als auch über die Energiesteuer der glp abstimmen. Wir sagen Ihnen, wieso diese beiden Initiativen schädlich für die Schweiz sind.

Seiten 18/19

Marianne machts

Marianne Meister heisst die FDP-Spitzenkandidatin 2015. Einstimmig wurde die 52-jährige Präsidentin des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbands und Gemeindepräsidentin von Messen an der Delegiertenversammlung in Matzendorf für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 nominiert.



Parteipräsident Christian Scheuermeyer gratuliert der stolzen Ständeratskandidatin Marianne Meister.

Als einzige Bewerberin wurde Marianne Meister mit Standing Ovations nominiert und ins Rennen um einen Platz im Stöckli geschickt. Die kämpferische Bucheggbergerin gab sogleich den Tarif durch: «Mir wei dä Ständerotssitz wider zruugg!», rief sie den begeisterten Freisinnigen zu. Als

Vertreterin der Frauen und der liberalen Kräfte im Kanton will sie die derzeit unausgewogene Repräsentation des Kantons Solothurn im Ständerat korrigieren. Dass es schwierig sein wird, einen der bisherigen Ständeräte zu verdrängen, weiss auch Meister. Doch noch ist niemand gewählt und

die Solothurner FDP steht geschlossen hinter der Kandidatin. Der Stand Solothurn muss wieder durch eine bürgerliche und liberale Stimme in Bern vertreten sein. Mit Marianne Meister sind die Chancen auf die Rückeroberung eines Ständeratssitzes mehr als intakt.

50. Solothurner Filmtage

Vom jährlichen Besuch der Filmtage

Franziska von Ballmoos,
Solothurn, Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen
Stadt Solothurn

Die 50. Solothurner Filmtage gehören bereits der Vergangenheit an! Gerne gebe ich Ihnen einen Einblick, was hinter den Kulissen bei den FDP Frauen der Stadt Solothurn abgeht. Seit einigen Jahren nehmen wir an den Filmtagen teil. Die Vorbereitung mit Filmaussuchen, Schreiben von Einladungen ist nur ein Teil des Ganzen, und der hat sich wie so vieles andere auch verändert. Früher sprachen zwei Personen beim damaligen Direktor, Ivo Kummer, vor und liessen sich beraten, welcher Film geschaut werden soll. Einige Jahre später war der Geschäftsführer, Daniel Fuchs, für die Filmauswahl zuständig. Dieses Treffen passierte meistens Mitte/Ende November. Ich hatte genügend Zeit, einen Weihnachtsbrief mit den besten Wünschen für das neue Jahr zu verfassen und die Einladung zu den Film-



Die FDP Frauen an den diesjährigen Filmtagen.

tagen beizulegen. Heute ist es so, dass Mitte Dezember die Filme im Internet aufgeschaltet werden und ich mich mit den Kurzbeschreibungen der Filme beschäftige. Diejenigen, die ich in die engere Wahl ziehe, teile ich der Geschäftsleiterin, Stefanie Schüpbach, mit, und gemeinsam beraten wir, bei welchen Filmvorführungen die FDP Frauen genügend Plätze haben. Ich nehme bei der Auswahl Rücksicht da-

rauf, dass der Film nicht zu schwer, möglichst nicht mit Untertiteln versehen und für jedes Alter ansprechend ist. Die Einladung versende ich mit dem Neujahrsbrief Anfang Januar. Anhand der positiven Rückmeldungen einiger Frauen, scheint die Wahl des Films jeweils bestens getroffen. Dass die Teilnehmerzahlen dennoch rückläufig waren bzw. sind, ist darauf zurückzuführen, dass die FDP Frauen

nicht die einzigen sind, die einladen. Es gibt Überschneidungen mit anderen Anlässen. Dies veranlasste uns vom Vorstand, den Filmtageanlass zu öffnen und die FDP Frauen im Kanton sowie Freunde und Bekannte dazu einzuladen. In den letzten Jahren bereicherten ein paar Männer und viele Freunde unsere Runde. Vor dem Film-besuch gibt es immer noch einen Apéro, der dieses Jahr reichhaltig ausgeschmückt war. Einen herzlichen Dank möchte ich meinen Vorstandskolleginnen und dem FDP-Sekretariat aussprechen; ohne deren Mithilfe wäre für mich das Ganze noch viel aufwändiger. Ebenso gebührt der Filmtagecrew ein herzliches Dankeschön und ein grosses Lob. Das neue Erscheinungsbild des Programms sowie des Internet-Auftritts und überhaupt die ganze Organisation haben mich begeistert. Bereits jetzt bin ich gespannt, was uns 2016 erwartet, und freue mich wieder auf einen Anlass mit vielen begeisterten Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Club FDP 2000

Ein Serviceclub Für Die Partei

Werner Meier, Deitingen

Als neu gewählter Präsident des Clubs FDP 2000 möchte ich Sie herzlich begrüssen. Gerade in einem wichtigen Wahljahr durfte ich die Leitung von Hans Büttiker übernehmen. Ich danke ihm für seine langjährige und zielgerichtete Führung des Clubs.

Seit 1985 unterstützt der Club FDP 2000 die Aktivitäten der Kantonalpartei. Mitglieder sind Personen, die dazu einen besonderen Beitrag leisten wollen. Ihr Engagement trägt wesentlich dazu bei, dass die Finanzen der Kantonalpartei im Lot bleiben. Zudem bietet der Club Gelegenheit für Informationen aus erster Hand.

Ich werde die Traditionen des Clubs weiterführen und bin überzeugt, dass

es diesen auch nach der Umwandlung in eine Mitgliederpartei nach wie vor braucht. Deshalb rufe ich auch alle engagierten Frauen und Männer, welche sich für ein liberales Gedankengut engagieren, auf, dem Club beizutreten. Sie ermöglichen es der Partei, sich als stärkste politische Kraft im Kanton zu behaupten, und sie stellen dazu einen wichtigen Teil der Finanzmittel

zur Verfügung. Mitglied wird, wer sich zur Zahlung von 250 Franken pro Jahr verpflichtet (in den Wahljahren freiwillig 50 Franken mehr). Wenn Sie dem Club FDP 2000 angehören, tragen Sie wesentlich zur Unterstützung der FDP des Kantons Solothurn bei und identifizieren sich auf besondere Weise mit den freisinnigen Zielen.

Und was erhalten Sie für Ihre Mitgliedschaft? Der Club lädt jedes Jahr zweimal zu einem exklusiven Informationsabend ein. Jeweils nach der Frühjahrs- und der Sommersession erklärt uns unser Nationalrat Kurt Fluri die aktuellen Geschehnisse und Themen im eidgenössischen Parlament. Weitere Informationen folgen von unserem Fraktionspräsidenten Peter Hodel zu Aktuellem aus dem

Kantonsparlament. Und unser Kantonalpräsident Christian Scheuermeyer orientiert uns über die Geschäfte der Parteileitung. Hier lässt sich wirklich hinter die Kulissen blicken!

Aberundet wird das Jahresprogramm von einer Betriebsbesichtigung im Frühjahr. Diesmal dürfen wir die Pralinéproduktion der Suteria kennen lernen. Den Abschluss bildet im November der Jahresanlass mit der Berichterstattung über die Clubaktivitäten und einem Gastreferenten aus Politik oder Wirtschaft als Höhepunkt.

Im Club FDP 2000 sind noch Plätze frei! Zur Mitgliedschaft führt ein Telefonanruf an das Sekretariat der Kantonalpartei oder die Kontaktaufnahme mit mir. Ich freue mich auf Sie!

Kontakt:
Werner Meier, Präsident
Blindackerstrasse 3
4543 Deitingen
Telefon P 032 614 04 14
Telefon M 076 391 95 95
w.meier@jegermeier.ch

Ja zu einer vernünftigen Sozialpolitik

Peter Brügger,
Kantonsrat, Langendorf

Mit dem Massnahmenplan 2014 hat der Kantonsrat beschlossen, den Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung moderat zu reduzieren und wieder auf das Niveau von 2010 festzusetzen. Der Kanton Solothurn leidet unter einem strukturellen Defizit. Der Kanton Solothurn kann eine ausgeglichene Rechnung nur erreichen, wenn sowohl auf Ausgaben- als auch auf Einnahmenseite Korrekturen erfolgen. Im hart erarbeiteten politischen Kompromiss wurde ein Paket geschnürt, das von allen Gruppierungen spürbare Opfer verlangt. Mit dem Referendum der SP soll nun die Reduktion der Prämienverbilligung rückgängig gemacht werden.

Die Verbilligung der Krankenkassenprämien ist ein wichtiges sozial-

politisches Instrument für Familien und Einzelpersonen mit ungenügendem Einkommen. Von linker Seite wird aber seit bald 20 Jahren immer wieder versucht, dieses Instrument zu einer Giesskannensubvention auszubauen. Das Resultat ist, dass im Kanton Solothurn mehr als 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Prämienverbilligung erhalten. Ein solches Modell des ausufernden Sozialstaats ist früher oder später nicht mehr finanzierbar.

Mit einem Kantonsbeitrag in der Höhe von 80 Prozent des Bundesbeitrages können die Prämien von Leuten mit einem steuerpflichtigen Einkommen von bis zu 50 000 Franken verbilligt werden. Damit ist sichergestellt, dass die Prämien von bedürftigen Personen verbilligt werden.

Bei einer Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes hat dies zur Folge,

dass die Sanierung der Kantonsfinanzen in erster Linie über Mehreinnahmen erfolgen muss. Das ist für die FDP nicht akzeptabel. Nachdem der Sozialstaat in den letzten Jahren gegen den Widerstand der FDP laufend ausgebaut wurde, ist es nicht mehr als angebracht, dass bei den Sparmassnahmen auch dieser Bereich wieder etwas zurückgefahren wird. Bei einer Ablehnung der Änderung des Sozialgesetzes wird die Folge unweigerlich sein, dass neue Steuererhöhungen zur Debatte stehen.

FDP
Die Liberalen

Aus Liebe
zum Kanton

**Sparen statt
Steuern erhöhen!**
**JA zu weniger
Prämien-
subventionen.**

Kant. Abstimmung vom 8. März 2015

www.fdp-so.ch

Wirtschafts- und Arbeitsgesetz: 2 x Ja plus Variante 1

Mark Winkler,
Kantonsrat, Witterswil

Der Kantonsrat hat das neue Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG) nahezu einstimmig verabschiedet. Im neuen Gesetz werden die wirtschaftlich relevanten Bereiche in einem Erlass zusammengefasst. 25 bestehende Gesetze werden aufgehoben und die Anzahl Paragraphen stark reduziert.

Die wichtigsten Änderungen betreffen die Gastwirtschaft. Take-aways brauchen in Zukunft eine Bewilligung, die Öffnungszeiten für gastwirtschaftliche Betriebe werden neu geregelt, und die Betriebsbewilligungen werden neu pauschalisiert. Neu werden die Tourismusförderung und die Sexarbeit in das WAG aufgenommen. Die Bewilligungspflichten für gesetzliche Freinächte, Lotto-matchveranstaltungen, das Aufstellen von Unterhaltungsautomaten, das Zulassungsalter zu öffentlichen Filmvor-



Mark Winkler

führungen und die Zuständigkeit von Kanton und Gemeinden werden ge-

regelt. Umstritten im neuen WAG sind aber lediglich die Ladenöffnungszeiten. Während mit Variante 2 der Status quo verlangt wird, bietet sich mit der Variante 1 eine etwas liberalere Lösung an.

Variante 1 – ein Muss

Die Delegierten der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn haben sich an der DV mit 107:14 Stimmen für die Variante 1 ausgesprochen, und dies zu Recht. Mit der Variante 1 und einer massvollen Verlängerung der Öffnungszeiten entsprechen wir einem Bedürfnis der heutigen Konsumgesellschaft. Die Wettbewerbssituation

für das Gewerbe verbessert sich, und Arbeitsplätze können gesichert werden. Tankstellenshops und Betriebe in Bahnhöfen haben schon heute die Möglichkeit, länger offen zu halten. Mit Variante 1 wird die Ungleichbehandlung von Tankstellenshops und regulären Geschäften ein wenig entschärft. Mit einem Blick über unsere Kantonsgrenzen und auch über die Landesgrenze stellen wir fest, dass in den Nachbarkantonen Frankreich und Deutschland nahezu täglich bis 20.00 Uhr und teilweise bis 21.30 Uhr eingekauft werden kann. Mit der Variante 1 haben auch unsere Geschäfte die Möglichkeit, mit der Konkurrenz der umliegenden Kantone zumindest teilweise gleichzuziehen.

Verhindern wir das Abwandern unserer Konsumenten in andere Kantone. Helfen wir den Läden im Kanton, sich an das heutige Konsumverhalten anzupassen. Stimmen wir zweimal Ja zum WAG und kreuzen bei der Stichfrage Variante 1 an.

Kolumne

Zeit zur Wende

Urs Marti, Solothurn

Waschen Sie, liebe Frauen und Männer, immer am gleichen Tag oder wohnen Sie in einem Mehrfamilienhaus, wo nach der Hausordnung Waschtage und Waschstunden klar festgelegt sind? Das könnte sich in Zukunft ändern. Gewaschen wird nicht mehr, wenn man will oder soll, sondern wenn man kann. Wenn Strom vorhanden ist, was mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen und vom Nationalrat gutgeheissenen Energiestrategie 2050 keineswegs mehr garantiert ist. Der Bundesrat will einen «energiepolitischen und gesellschaftlichen Paradigma-Wechsel», einen «Umbau des Energiesystems Schweiz». Auf Deutsch übersetzt heisst das, dass sich in Zukunft die Nachfrage nach dem Angebot richten muss und nicht umgekehrt wie heute. Oder anders ausgedrückt: Die Planwirtschaft soll die Marktwirtschaft ablösen.

Der Nationalrat hatte einen Nicht-eintretensantrag der SVP abgelehnt und ebenso einen Rückweisungsantrag der FDP. Und dann wurde reguliert und subventioniert, was das Zeug hält. Ausstieg aus der Kernenergie! Und gleichzeitig eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 75 Prozent! Wie soll das aufgehen, wenn dadurch der Energieverbrauch um 50 Prozent reduziert werden muss? Auffallend! Seitens der solothurnischen Vertretung wurden keine Bedenken oder Sorgen



laut, ob das die einheimischen Stromproduzenten alles überhaupt verkraften könnten. Immerhin musste Alpi schon jetzt die Zahl ihrer Mitarbeiter von 11 000 auf 7000 reduzieren.

Im Gegenteil: Bea Heim dankt allen Angestellten in den AKW für ihre Arbeit, um dann gleich beizufügen, dass es jetzt aber mit der Kernenergie Schluss sein muss. Fieser könnte selbst ein skrupelloser Arbeitgeber seinem Personal nicht eröffnen, der Laden werde dichtgemacht oder die Firma ins Ausland verkauft. Philipp Hadorn faselt in der Debatte zur Energiestrategie vor sich hin. Er habe bereits als 11-Jähriger (sic!) die Gefahren der Kernenergie erkannt. Derweil rennt Stefan Müller-Altermatt als Kommissionsreferent blindlings seiner Chefin Doris Leuthard hinten nach, ohne die Situation in und um Olten auch nur eines Blickes zu würdigen.

Die Linke politisiert vor allem in Energie- und Verkehrsfragen nur noch ideologisch und nicht mehr sachbezogen. Und die CVP gibt sich alle Mühe, ihr nachzueifern. Dass 84 der 86 Mitglieder des Nationalrates von FDP und SVP in der Schlussabstimmung die Energiestrategie abgelehnt haben, müsste auch den Befürwortern zu denken geben, tut es aber nicht.

Es ist deshalb Zeit zur Wende. Solothurn verdient eine bessere Vertretung in Bern. Kurt Fluri leistet ausgezeichnete Arbeit, aber das genügt nicht. Dringend nötig ist eine FDP-Doppelvertretung im Nationalrat, und Marianne Meister gehört in den Ständerat. Im Herbst ist Gelegenheit dazu.

Abstimmungsparolen für den 8. März

- › **2x JA** zum Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (Stichfrage: Variante 1)
- › **JA** zur Verfassungsänderung
- › **JA** zur Senkung der Prämienverbilligung
- › **NEIN** zur CVP-Familieninitiative
- › **NEIN** zur Energie- statt MWST-Initiative

Wechsel in den Ortsparteien

Grenchen:	Daniel Graf für Alexander Kohli
Hofstetten-Flüh:	Peter Gubser für Donat Fritsch
Meltingen:	Peter Jeger und Reto Winkelmann für Regina Jeger
Oberbuchsitzen:	Robert Gurtner für Raphael Bader
Oberdorf:	Marc Spirig für Frank-Urs Müller

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Veranstaltungen

März 2015

Di	10.	19.30 Uhr	Orts- und Amteiparteipräsidentenkonferenz (Rössli Oensingen)
Mo	30.	19.30 Uhr	Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Post Riedholz)
Di	31.	19.30 Uhr	Kantonale Delegiertenversammlung: Nationalratsnomination (Messen)

April 2015

Mi	22.	16.00 Uhr	Club FDP 2000: Betriebsbesichtigung (Suteria Solothurn)
----	-----	-----------	---

Mai 2015

Di	5.	19.00 Uhr	Parteivorstand (Rössli Oensingen)
Mi	6.	13.00 Uhr	Fraktionsausflug (Gäu)

Achtung Terminverschiebung: Die kantonale Delegiertenversammlung nach dem Wahlsonntag findet neu am **Montag, 19. Oktober 2015**, statt.

Den Jahresterminkalender und weitere Details finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events

Wie werde ich Mitglied?

Derzeit vollziehen die meisten Ortsparteien der *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn* die Umstellung von der reinen Sympathisanten- zur Mitgliederpartei. Wenn Sie interessiert sind, bei uns Mitglied zu werden, stehen Ihnen folgende Möglichkeiten offen:

- › Kontaktieren Sie Ihre Ortspartei und beantragen Sie die Mitgliedschaft. Die Rechnung für den Mitgliederbeitrag erhalten Sie direkt von der Ortspartei.
- › In Ihrer Wohngemeinde existiert entweder keine Ortspartei oder Sie wissen nicht, an wen Sie sich wenden sollen. Auf dem Sekretariat der Kantonalpartei wird Ihnen weitergeholfen:

FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, Schöngrünstrasse 35, 4502 Solothurn, Tel. 032 622 31 66, E-Mail: info@fdp-so.ch

Nun können Sie das Wahljahr 2015 aktiv als Mitglied in Angriff nehmen – **aus Liebe zur Schweiz.**

FDP International 2015

Im Zeichen der internationalen Vernetzung und des Wahlkampfes

Die Arbeit der FDP International wird dieses Jahr einerseits vom Wahlkampf und andererseits dadurch geprägt sein, dass die FDP Schweiz den Kontakt zu liberalen Bewegungen im Ausland wieder verstärkt.

François Baur,
Präsident FDP International

2015 ist ein Wahlkampfjahr. Und die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland können die National- und Ständeratswahlen in ihrem Sinne beeinflussen, wenn sie sich daran beteiligen. Schon heute haben sich mehr als 140 000 im Ausland lebende Bürger in Stimmregister bei den Schweizer Botschaften eingetragen. Aber es könnten noch mehr sein. Wir rufen deshalb alle Auslandsschweizerinnen und -schweizer auf, sich bei der Konsularischen Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA zu melden und mittels Stimmrechtsformular in die Stimmrechtsregister einzuschreiben. Wir wollen, dass ein grosser Teil dieser Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einer Kandidatin oder einem Kandidaten der FDP gibt, und wir haben gute Argumente dafür.

Die FDP International mit «virtuellen Wahllisten»

Wir haben uns auch dieses Jahr entschieden, keine eigenen Wahllisten zu machen. Die Stimmen der im Ausland lebenden Wähler zählen in den Kantonen ihrer Stimmgemeinde. Sie machen pro Kanton einen einstelligen Prozentanteil der Kantonswähler aus. Da macht es keinen Sinn, eine eigene Wahlliste pro Kanton aufzustellen. Die FDP International hat sich deshalb entschieden, eine «virtuelle» Wahlliste zu präsentieren: sie besteht aus Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahllisten der FDP-Kantonalparteien, die sich in der letzten Legislaturperiode aktiv für die Anliegen der fünften Schweiz eingesetzt haben bzw. deren Wahlprogramm diesen ak-

tiven Einsatz vorsieht. Zurzeit stellen wir diese Wahlliste zusammen. Kandidatinnen und Kandidaten können sich bei uns melden, wenn ihnen die Anliegen der 5. Schweiz am Herzen liegen und wir sie bei unseren Mitgliedern empfehlen sollen. Wir werden uns auch mit den Kantonalparteien derjenigen Kantone in Verbindung setzen, wo der Anteil der Stimmenden aus dem Ausland besonders hoch ist. Besonders erfreut sind wir, dass sich unser Vorstandsmitglied Helen Freiermuth erneut für die Nationalratswahlen im Kanton Zürich zur Verfügung stellen wird. Mit ihrer Wahl würde eine Auslandschweizerin die Interessen der fünften Schweiz im Nationalrat vertreten, die ihre Sorgen und Bedürfnisse aus eigener Erfah-

rung kennt, zumal sie auf verschiedenen Kontinenten gelebt hat.

Tue Gutes und sprich darüber: Wir brauchen Ihre aktive Mithilfe im Wahljahr. Schon allein, wenn Sie über unsere Arbeit im Kreise Ihrer Bekannten sprechen und für die FDP und Ihre Werte öffentlich eintreten, helfen Sie mit, dass 2015 für die FDP ein Erfolgswortjahr wird – insbesondere unter den Schweizerinnen und Schweizern im Ausland! Die beste Wahlhilfe sind neue Mitglieder. Und natürlich: Ein nationaler Wahlkampf kostet Geld. Wir sind für alle Spenden dankbar!

Umfrage zu den konsularischen Diensten der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Helen Freiermuth ist die treibende

Kraft hinter der Online-Umfrage zu den konsularischen Diensten im Ausland, welche die FDP International im Sommer 2014 lanciert hatte. Bis zum Ablauf Mitte November 2014 hatten mehr als 500 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus 52 Ländern mit 75 Konsularischen Vertretungen Fragen zu den von den Konsulaten im Ausland angebotenen konsularischen Dienstleistungen, der Qualität und der Nutzung durch die Schweizer Bürger im Ausland beantwortet. Diese Antworten werden zurzeit ausgewertet und im Sommer 2015 vorgestellt. Mit diesem Bericht zeigen wir, dass wir die Anliegen der Auslandschweizerinnen und -schweizer ernst nehmen und ihre Wünsche mit konstruktiven Vorschlägen in die Schweizer Politik umsetzen.

Die FDP Schweiz wieder Mitglied der Liberal International

Der verstärkte Kontakt zu Schwesterparteien im Ausland wird einer der Schwerpunkte der Arbeit von FDP International im neuen Jahr sein. Ab Juni 2015 wird die FDP Schweiz wieder zur Liberal International (LI), dem Weltverband des Liberalismus, gehören. Nationalrätin Doris Fiala erklärte anlässlich des bevorstehenden Wiederbeitritts: «In der Schweiz werden heute die liberalen Grundwerte von links und rechts bedroht. Die beste Antwort darauf ist eine verstärkte Zusammenarbeit der liberalen Kräfte, nicht nur national, sondern auch auf internationaler Ebene.» Die FDP International nimmt diesen Faden auf und wird verstärkt mit den liberalen Parteien in Europa, aber auch der LI zusammenarbeiten und den internationalen Austausch pflegen. Ein internationales Treffen in der Schweiz ist für Sommer 2015 in Planung.



Auslandschweizerin und Nationalratskandidatin Helen Freiermuth.

Das war das Jahr 2014

Neuer Präsident

Am 1. März 2014 tritt Silvan Amberg als Präsident der Radigal zurück. Amberg war seit 2005 im Amt. Seine grösste Errungenschaft als Präsident war die Annahme des Partnerschaftsgesetzes. Neuer Präsident wird der 27-jährige Odilo Lamprecht aus St. Gallen. Er möchte zusammen mit der FDP an einem politischen Profil feilen, um LGBTI-Themen, insbesondere die Öffnung der Ehe, voranzutreiben.

IDAHOT

Im Mai findet der erste IDAHOT (International Day Against Homophobia and Transphobia) in Bern statt. Radigal ist Mitorganisator der Veranstaltung, an der mehrere hundert Menschen teilnehmen. Es finden Reden von Politikerinnen und Politikern aller Parteien statt. Für die FDP steht Nationalrat Daniel Stolz am Rednerpult. Er macht darauf aufmerksam, dass die eingetragene Partnerschaft ein Kompromiss gewesen sei, welcher eingegangen werden musste. Doch die Ehedefinition sei weltweit im Wandel, und es gebe keinen Grund, die gleichgeschlechtliche Ehe nicht zu erlauben. Der Event erfreut sich sehr grosser Beliebtheit und wird von der nationalen Presse wohlwollend aufgenommen. Im Moment ist noch unklar, ob der Event in diesem Jahr erneut durchgeführt wird.

Die Wurst erobert die Welt!

Eine bärtige Diva hat in diesem Jahr

für mächtig Aufregung und einige Schlagzeilen gesorgt. Conchita Wurst gewinnt überraschenderweise den Eurovision Song Contest (ESC) in Kopenhagen. Mit den Worten «We are unstoppable» (Wir sind unaufhaltsam) löst sie in ganz Europa eine Welle an Reaktionen aus. Geboren wurde sie 1988 als Tom Neuwirth in Österreich. Irgendwann erschafft sie die Figur Conchita Wurst und versucht in einigen Casting-Shows ihren Durchbruch. Dieser gelang ihr mit dem Sieg am ESC. Selbstverständlich ist dies kein politisches Thema. Für eine grosse Mehrheit in der Schweiz ist sie aber ein Sinnbild für mehr Toleranz in unserer Gesellschaft.

Zürich Pride 2014 mit FDP-Hauptredner

An der Zürich Pride dürfen wir mit grosser Freude Nationalrat Andrea Caroni als Hauptredner erleben. Es ist selten, dass gerade einem FDP-Politiker diese Ehre zu Teil wird. Umso spezieller ist es, dass es sich dabei nicht um einen Homosexuellen handelt, sondern um einen Nationalrat aus dem Appenzell mit Familie und Kind. Der FDP hat er innerhalb der Community einen grossen Dienst geleistet. Es ist anzunehmen, dass sein Engagement an der Zürich Pride positive Auswirkungen auf die Wahlen 2015 haben wird. Danke, Andrea Caroni!

Schwulenhass in Russland

Viele unschöne Nachrichten erreichen uns im 2014 aus Russland. Dort neh-



Die Kunstfigur und ESC-Gewinnerin Conchita Wurst.

men die Intoleranz und die Wut gegenüber der LGBTI-Community ein schockierendes Ausmass an. Junge Lesben und Schwule werden verschleppt, gefoltert und zum Teil sogar getötet. Die russische Regierung hat bislang keine Anstalten gemacht, gegen diese Verbrecher vorzugehen. Diese Ereignisse überschatten die Olympischen Winterspiele in Sotschi. Bislang äussern sich europäische Politiker nur selten zu den Ereignissen.

Öffnung der Ehe

In einigen Ländern in Europa, darunter auch Grossbritannien, wurde in diesem Jahr die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern eingeführt. Dabei handelt es sich um eine absolute Gleichstellung mit der herkömmlichen Ehe. Auch in den USA haben bereits 18 von insgesamt 32 Bundesstaaten die Öffnung der Ehe anerkannt.

Dies ist so liberal, wie es erfreulich ist. In der Schweiz sind wir bedauerlicherweise noch nicht so weit, jedoch haben bereits einige Politikerinnen und Politiker von links bis rechts die Öffnung der Ehe empfohlen. Eine schlechte Falle macht dabei die CVP, die mit der Familieninitiative die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau in der Bundesverfassung verankern will.

Was ist 2015?

In diesem Wahljahr erhofft sich die Community vieles. Es ist anzunehmen, dass alle Parteien um die Stimmen der LGBTI-Menschen ringen werden. Zu hoffen ist, dass es der FDP gelingen wird, so viele Stimmen wie möglich zu ergattern. Radigal arbeitet hierfür eng mit der Wahlkampfleitung zusammen. Genaue Aktionen sind aber noch nicht bekannt. Es bleibt spannend!



Russische Polizei verhaftet Pro-LGBTI-Demonstranten.

Frauenquote

Ich möchte keine Quotenfrau sein!

Eine Geschlechterquote in börsenkotierten Unternehmen stigmatisiert, löst aber nicht das Problem. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie ein unterstützendes Umfeld, erlauben es einer Frau, Karriere zu machen.

Carla Güntert, Generalsekretärin der Jungfreisinnigen



Carla Güntert

Ende letzten Jahres hat der Bundesrat vorgeschlagen, eine Geschlechterquote von 30 Prozent bei börsenkotierten Unternehmen einzuführen. Hinter der Geschlechterquote versteckt sich in diesem Fall nichts anderes, als eine politisch korrekt ausgedrückte Frauenquote. Über diese haben schon unsere Mütter vor den 1980er-Jahren politisiert, als die ersten Diskussionen über eine Implementierung geführt wurden.

Die Frau war noch nie so frei wie heute

Warum müssen wir über dieses Thema immer noch und vor allem immer wieder diskutieren? Die Frau war noch nie so frei wie heute. Sie hat die gleichen Rechte wie der Mann: Sie ist vor der Verfassung gleich, in der Gesetzgebung wird sie zum Teil sogar bevorzugt; sie kann frei ihre Bildung und den Beruf wählen und kann sich aus freien Stücken für einen Partner und für oder gegen Kinder entscheiden.

Eine Quote stigmatisiert und bevormundet Frauen. Sie setzt sie dem Vorwurf aus, nicht qualifiziert genug zu sein und den Job nur innezuhaben, weil sie über zwei X-Chromosomen

verfügen. Ändert eine Quote überhaupt etwas an der Situation der Frau? Die Antwort der Jungfreisinnigen ist klar: Nein. Eine Quote jeglicher Art verschönert lediglich die Statistik. Die eigentlichen Probleme bleiben allerdings bestehen.

Krippen und Teilzeitarbeit statt Quoten

Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die Frauen daran hindern, die gleichen Karrieren wie Männer zu machen, müssen anders angegangen werden. Einerseits müssen Anreize geschaffen werden: z.B. muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

durch Krippenplätze, Teilzeitarbeit oder Vaterschaftsurlaub sichergestellt werden. Andererseits müssen die Geschlechter gefördert und ermutigt werden, für sie «untypische» Berufe anzunehmen. Frauen sollten beispielsweise technische Berufe nähergebracht werden, Männern soziale. Die Karriere einer Frau steht und fällt aber primär nicht mit den politischen Mitteln, sondern mit dem Willen und der Eigeninitiative. Nicht zu unterschätzen

ist auch die Unterstützung der Familie und des Partners. Schaffen wir es, politisch die richtigen Mittel zu implementieren, geben wir der Frau die Freiheit, nach ihrer Eignung Karriere zu machen, und den Unternehmen die Freiheit, Mitarbeiter nach ihren Fähigkeiten auszusuchen. So bleiben die unternehmerische Freiheit unangetastet, die Wirtschaftlichkeit gesichert und, in dieser Diskussion ganz zentral: Kein Geschlecht wird diskriminiert.

Anzeige

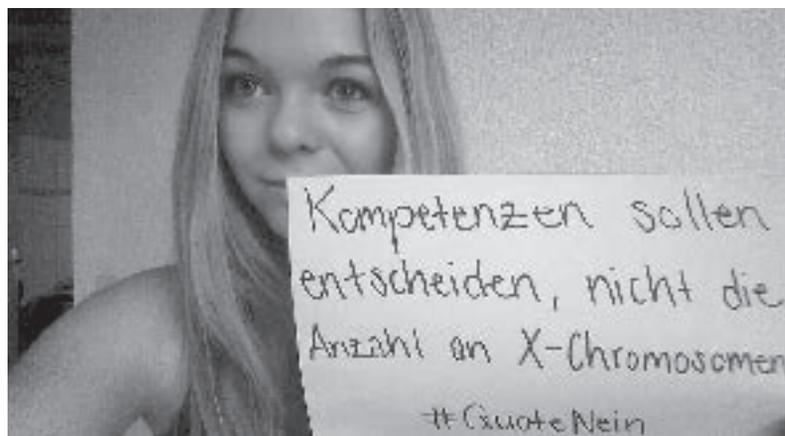
	erhalten	
bewahren		unterstützen
	beforschen	

Verein Berner Burgen und Schlösser
 c/o Adrian Dellenbach
 Sonnrainstrasse 11
 3510 Konolfingen

 Verein Berner Burgen und Schlösser

Mitglied werden:
 Name / Vorname:
 Strasse /Nr.:
 PLZ / Ort:
 Datum / Unterschrift:

www.bernerburgen.ch



Livia Wyss (Präsidentin Jungfreisinnige AR) bei der Aktion #QuoteNein.

Delegiertenversammlung

Benvenuti in Ticino

Über 260 Kantonsvertreterinnen und -vertreter besuchten die Delegiertenversammlung Ende Januar in Lugano. Neben der Parolenfassung zu den eidgenössischen Vorlagen vom 8. März standen die Freiheit und die Frankenstärke im Fokus.

«Die Aufhebung der Kursuntergrenze war ein Schock für die Schweizer Wirtschaft.» In seiner typisch direkten Art kam Parteipräsident Philipp Müller gleich zu Beginn der Delegiertenversammlung auf das aktuellste Problem zu sprechen.

Die Delegierten besprachen in der Folge die vom Generalsekretariat und der Fachkommission erarbeiteten 18 Forderungen zur Reaktion auf die Frankenstärke im Detail. Über die

Dringlichkeit und Notwendigkeit der vorgelegten Forderungen waren sich die Anwesenden einig. Das Papier wurde dann auch mit nur einer Enthaltung bei keiner Gegenstimme verabschiedet.

Verbote verbieten

Zum Thema Freiheit präsentierten die Jungfreisinnigen Basel-Stadt ihren Beitrag im Wettbewerb der Ortsparteien. Bereits 2011 stellten

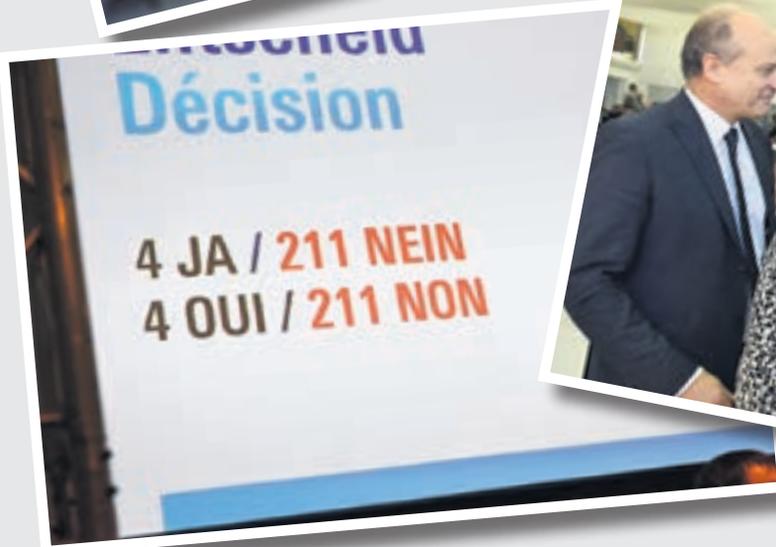
sich die Jungfreisinnigen gegen die Verbotskultur in der Stadt Basel und forderten in einem unterhaltsamen Video, Verbote zu verbieten und so eine verbotsfreie Insel zu erschaffen.

Bundesrat Didier Burkhalter zeigte in seiner Rede die Bedeutung von Freiheit und Sicherheit über die Landesgrenzen hinaus auf. Nicht nur in seinem Jahr als OSZE-Vorsitzender wurde ihm deutlich, wie wichtig die Freiheit für Wohlstand, Vertrauen in

die Politik und Zuversicht in die Zukunft ist.

Deutliche Parolenfassung

Den Abstimmungsvorlagen von März erteilten die Delegierten eine klare Absage. Sowohl die Initiative der Grünliberalen «Energie- statt Mehrwertsteuer» als auch die CVP-Familieninitiative hatten keine Chance beim liberalen Gedankengut.





Sessionsvorschau

Die wichtigsten Geschäfte der Frühjahrsession

Vom 2. bis 20. März findet die erste Session des Jahres 2015 statt. Der «Freisinn» stellt kurz die wichtigsten anstehenden Geschäfte vor und erläutert jeweils die Position der FDP dazu.

Nationalrat



› **Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»:** Diese Initiative der Grünen Partei will den Bürgern und Unternehmen via Planwirtschaft neue Steuern und Abgaben für den Verbrauch von Ressourcen aufbürden. Dies lehnt die FDP klar ab. Eine weitere Verschärfung der im europäischen Vergleich sehr strengen Umweltschutzgesetze ist nicht notwendig. Und gerade jetzt mit dem starken Franken brauchen wir keine wirtschafts- und wettbewerbsschädigenden Initiativen.

› **Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative:** Nach dem Ständerat beschäftigt sich nun auch der Nationalrat mit den Zweitwohnungen. Für die FDP ist bei der Umsetzung wichtig, dass den vom Tourismus abhängigen Gemeinden und Regionen kein wirtschaftlicher Schaden entsteht. Gerade jetzt mit dem starken Franken wäre dies ein fataler Fehler.

› **Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule»:** Die Initianten fordern ein Verbot sämtlichen obligatorischen Aufklärungs- und Sexualkundeunterrichts in Kindergarten und Primarschule bis zum 12. Altersjahr. In Kindergarten und früher Primarschule

gibt es jedoch noch gar keinen Sexualkundeunterricht. Erst gegen Ende der Primarschule gibt es Präventionsmassnahmen. Geschlechtskrankheiten und ungewollte Schwangerschaften verhindert man nicht durch Verschweigen. Ausserdem wäre die Initiative ein tiefer Eingriff in die kantonale Hoheit beim Bildungssystem.

› **Volksinitiative «Pro Service Public»:** Die FDP und die FDP Service Public lehnen diese Initiative ab, da sie viel Gutklingendes verspricht («Schluss mit ständigen Preisaufschlägen», «Für ein dichtes Netz», «Für offene Schalter»), dies jedoch durch einen massiven Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und die liberale Wirtschaftsordnung erreichen will.

› **Nachrichtendienstgesetz:** Mit diesem neuen Gesetz lassen sich Handlungsrahmen und Instrumente des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) modernisieren. Die FDP unterstützt eine staatspolitisch ausgewogene Lösung mit Wirkung, wo es für unsere Sicherheit unerlässlich ist, die gleichzeitig den grösstmöglichen Schutz der persönlichen Freiheit erlaubt. Noch nicht beraten wird die Reform über das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BüPF).

Ständerat

› **Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»:** Die FDP spricht sich gegen diese CVP-Initiative aus und hat dafür einen direkten Gegenvorschlag eingebracht. Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist schon lange eine Forderung der FDP. Als liberale Partei wollen wir aber nicht, dass nur eine Form des Zusammenlebens in der Verfassung als Ehe definiert wird. Auch lässt der Gegenvorschlag die Tür zur einzig wirklich gerechten und liberalen Lösung offen: der Individualbesteuerung.

› **Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten:** Das Gesetz sieht für den gesamten Schweizer Detailhandel einen Mindeststandard für die Ladenöffnungszeiten vor. Mit der vorgeschlagenen Teilharmonisierung wer-

den Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten sowohl innerhalb der Schweiz als auch gegenüber dem grenznahen Ausland abgebaut. Die FDP unterstützt diese Liberalisierung auch im Hinblick auf den starken Franken.

› **Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs:** Beschleunigte Asylverfahren unterstützt die FDP im Grunde. Hier soll aber Asylsuchenden eine kostenlose Rechtsberatung zur Verfügung gestellt werden. Da anzunehmen ist, dass dies zu einer Welle von Rekursen bis zur letzten Instanz führen wird, macht dies die geplante Beschleunigung gleich wieder zunichte. Aus diesem Grund lehnt die FDP diese Neustrukturierung ab.



Fraktionsseminar

Intensive Diskussionen in Fribourg

Am FDP-Fraktionsseminar diskutierten die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Bundesrat Didier Burkhalter über die Wahlkampfstrategie, unsere Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sowie weitere, brandaktuelle Themen. Ziel des Seminars: Vorbereitung auf die eidgenössischen Wahlen.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger beim «Kaminfeuergespräch» mit der Fraktion.

Einmal jährlich trifft sich die liberale Fraktion ausserhalb des normalen Sessionsbetriebes, um unter sich zu diskutieren, zu debattieren und sich auszutauschen. Austragungsort des diesjährigen Seminars war Fribourg. Unter der Organisation der beiden Fraktionsvizepräsidenten, Nationalrat Ignazio Cassis und Ständerat Felix Gutzwiller, verbrachten die National- und Ständeräte zwei intensive Tage.

Die bevorstehenden Wahlen und verschiedene kurze Diskussionsrunden zu aktuellen Themen prägten den ersten Tag des Seminars. In seinem Referat griff Bundesrat Didier Burkhalter das Verhältnis der Schweiz zur EU auf. Einmal mehr wurde klar, wie wichtig der Zugang zu den europäischen Märkten und die Personenfreizügigkeit sind. Parteipräsident Philipp Müller zeigte auf, wie die Missstände im Asylbereich angegangen werden



Angeregte Diskussionen unter den Fraktionsmitgliedern.

können: «Wir brauchen keine neuen Gesetze, sondern müssen die bestehenden konsequent anwenden.»

Den Abschluss des ersten Tages bildete ein «Kaminfeuergespräch» mit alt Bundesrat Kaspar Villiger. Er präsentierte seine zehn Thesen für eine erfolgreiche Schweiz, was nicht nur im Seminar, sondern auch während des

darauf folgenden Nachtessens für interessante Gespräche sorgte.

Am Samstag widmete sich die FDP-Fraktion dem Thema Freiheit sowie der Bildungspolitik. Inputreferate von diversen Fachkräften lieferten die Grundlage für angeregte Diskussionen und einen intensiven Austausch.

Mit neuen Ideen und frischen Gedanken ausgerüstet, steigen die National- und Ständeräte der FDP in die letzten Sessionen vor den nationalen Wahlen im Oktober.

Die Fraktion wird während der kommenden Monate mit vollem Einsatz für das Erfolgsmodell Schweiz kämpfen.

Energiestrategie 2050

Ohne Strategie in die Zukunft

Der Bundesrat nennt es «Energiestrategie». Dabei geht er ziemlich kopf- und planlos voran. Ungenaue Ziele, die nicht umgesetzt werden können, unbekannte Kosten, die ins Uferlose wachsen werden, und ein Volk, das darüber nicht abstimmen darf. Für die FDP ist das eine nicht hinnehmbare Situation.



Peter Schilliger

**Peter Schilliger, Nationalrat
FDP.Die Liberalen Luzern**

Das Thema Energie betrifft alle in der Schweiz lebenden Personen. Besonders wichtig ist dabei die Frage nach der Bezahlbarkeit: Wie können wir Sorge zur Umwelt tragen und dabei verhindern, dass Energie zum Luxusprodukt wird? Die FDP fordert bei der zukünftigen Energiestrategie der Schweiz Nachhaltigkeit in allen drei Bereichen: Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Bis jetzt sind die Pläne des Bundesrates bezüglich Energiestrategie noch sehr unklar. Fest steht dagegen: Die Energiestrategie will Fördergelder für erneuerbare Energie nach dem Giesskannenprinzip. Dies wiederum führt zu uferlosen Geldverschiebungen, die wenig Nutzen generieren. Machen wir nicht den gleichen Fehler wie andere Länder, wo überstürzte Entscheidungen und planlose Subventionierung zu einem energiestrategischen Chaos geführt haben.

**Muss sich bald jeder für seinen
Energieverbrauch rechtfertigen?**

Die Befürworter der Energiestrategie

stellen Ideologie vor Realismus: Im Jahr 2035 sollen wir gleich viel Energie verbrauchen wie in den 70er-Jahren. Wie soll das gehen? Durch Bevormundung und Kontrolle, sagen die Befürworter. Ein jeder wird sich vor dem Staat wegen seinem Energie- und Mobilitätsverhalten rechtfertigen müssen. Ein Albtraum für jeden Liberalen! Die Atomkraftwerke sollen abgeschaltet werden. Das heisst: Rund 40 Prozent unseres Strombedarfs müssen ersetzt werden. Dies geschieht durch Tausende von Windrädern und Quadratkilometer an Photovoltaikanlagen. Doch diese sind ein höchst instabiler Stromlieferant. Pumpspeicherkraftwerke müssen als Ausgleich erhalten. Der Bau und Ausbau solcher Anlagen wird jedoch mittels Einsparungen von radikalen Umweltaktivisten verzögert und verhindert.

**Keine AKW in der Schweiz,
aber Atomstrom aus Frankreich**

Was ist die Folge davon? Um die Netzstabilität und die Versorgung sicherzustellen, müssen Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Deutschland importiert werden. Ein Unsinn sondergleichen, der nichts bringt ausser Kosten. Denn trotz Millionen von Subventionen für die erneuerbaren Energien wird der Strompreis teurer werden.

Illiberal ist auch das in der Energiestrategie enthaltene Technologieverbot. Jegliche Innovation und Fortschritt auf dem Bereich der Kerntechnologie, Stichwort «Kernfusion», wird so verunmöglicht, und Kernreaktoren der neusten Generation, die keine strahlenden Abfälle hinterlassen, werden verhindert. Für mich ist klar: Die Energiestrategie des Bundes verdient diesen Namen nicht und muss in dieser Form grundsätzlich überdacht werden.



Ende November 2014 hat die FDP eine Online-Petition mit über 2700 Unterschriften an Bundesrätin Doris Leuthard übergeben. Die Petition fordert eine Volksabstimmung über die Energiestrategie 2050. So ist einerseits der Bundesrat dazu gezwungen, offen und klar seine Pläne zu kommunizieren, und andererseits bekommt die Energiestrategie dadurch eine demokratische Legitimation. Mit einer Volksabstimmung können sich die Stimmbürger auch klar zu einer versteckten Stromsteuererhöhung äussern, welche sowohl Familien als auch die Industrie weiter belasten würde.

Wir wollen Transparenz! Wir wollen Mitspracherecht des Stimmbürgers!
Wir wollen keine Überraschungen!

Wahlkampfberichterstattung

Von gewichteten Zahlen und gewerteten Regierungen

Thomas Hefti, Ständerat GL

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2015 werden nun als Gradmesser in vielen Zeitungsartikeln gerne die Ergebnisse der Wahlen zu den kantonalen Legislativen und Exekutiven herangezogen. Dabei wird von vielen Journalisten mit sogenannten gewichteten Zahlen gearbeitet, welche vom Zentrum für Demokratie Aarau erstellt wurden. Das heisst, die Anzahl Sitze in den Parlamenten und Regierungen erhalten mehr Gewicht, je grösser die Bevölkerung des Kantons ist. Auch die Grösse des Parlaments und der Exekutive spielt bei der Auswertung eine Rolle. Mag dieses System für die Legislative ja noch einen gewissen Sinn haben, so sehe ich das bei der kantonalen Exekutive überhaupt nicht. Denn diese Art von Gewichtung und Nutzung dieser Zahlen hat verschiedene Haken:

Erstens ist diese Art der Gewichtung für die meisten Leser nur sehr schwer verständlich, bzw. sie merken gar nicht, dass hier nicht mit den absoluten Zahlen operiert wird. Meistens wird zwar in Kleinstschrift am Ende des Textes auf die Gewichtung und die

Herkunft der Zahlen hingewiesen, wer den Artikel aber nur kurz überfliegt oder nur die Schlagzeile liest, übersieht den Hinweis schnell.

Zweitens ist eine reelle Gewichtung der Wahlergebnisse nur schwer durchzuführen, da nicht alle Kantone die gleichen Wahl- und Sitzberechnungssysteme haben. So wird in den meisten Kantonen die Legislative nach Proporz-, die Exekutive aber nach Majorzsystem gewählt. Bei der Verteilung der Sitze für die Parlamente wenden dann einige Kantone das relativ neue Verteilungssystem des «Doppelten Pukelsheim» an, während andere ältere Systeme benutzen.

Drittens kommt es durch diese Gewichtung zu einer starken Verzerrung der Tatsachen. So titelte die NZZ am 14. Oktober dieses Jahres: «Die SP überholt die FDP in den Kantonsregierungen.» Die Sozialdemokraten seien neu mit 27,5 Prozent der Regierungsratssitze vor FDP. Die Liberalen (25,4 Prozent) und der CVP (17 Prozent). In absoluten Zahlen stellt die FDP jedoch 44 Regierungsräte und liegt damit vor der CVP mit 39 Regierungsräten. Die SP folgt erst an dritter Stelle mit 32 Regierungsräten. Diese



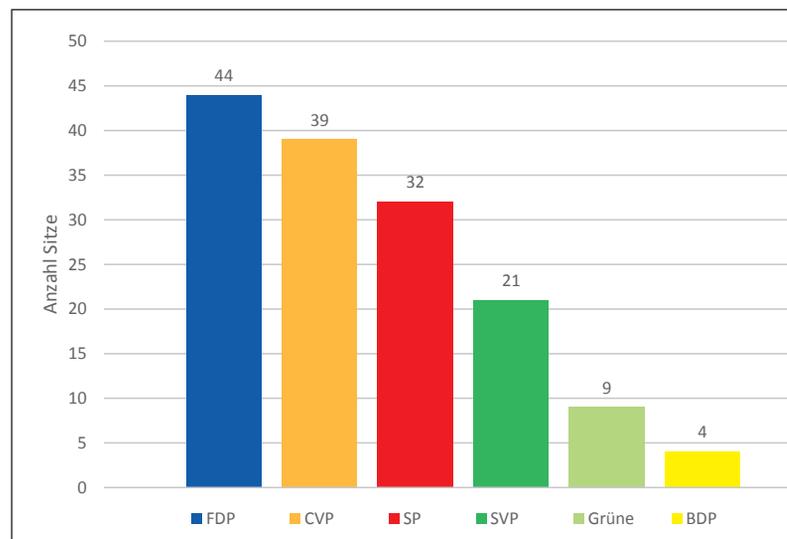
Thomas Hefti: «Wer auf diesen Haken nicht klar hinweist, beschriftet die Packung nicht korrekt.»

Zahlen werden aber oftmals dem Leser vorenthalten, so dass er sich kein vergleichendes Bild machen kann. Das zeigt jedoch auch klar auf, wem dieses System der Gewichtung am meisten bringt: den in den Kantonen mit grossen Städten stärker in den Regierungen vertretenen Sozialdemokraten. Schliesslich widerspricht diese Wertung unserem Schweizer System der Gleichberechtigung der einzelnen

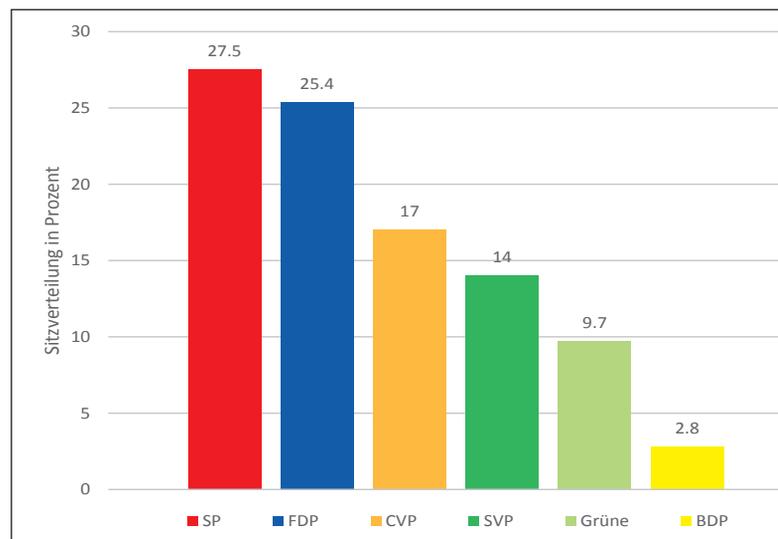
Kantone. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass ein Zürcher oder Berner Regierungsrat mehr wert sei als ein Regierungsrat der Kantone Glarus, Uri, Zug oder Jura. Das ist doch sehr fragwürdig.

Um es mit einem Vergleich aus dem Konsumentenschutzbereich zu sagen: Wer auf diese Haken nicht klar hinweist, beschriftet die Packung nicht korrekt.

Anzahl Regierungsratssitze in absoluten Zahlen



Anzahl Regierungsratssitze in gewichteten Zahlen



Unsere drei Werte

Freiheit ist ein kostbares Gut

Freiheit bedeutet, dass wir selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben können. Als FDP kämpfen wir für die Freiheit und übernehmen Verantwortung. In unserem Weltbild ist die Freiheit die zentrale Motivation des Menschen, sich selbst und damit die Gesellschaft voranzubringen und sich zu entfalten.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin BL

Was die FDP unter Freiheit versteht, haben wir an der Delegiertenversammlung im Tessin aufgezeigt. «Die Freiheit ist es, welche Perspektiven für die Zukunft öffnet», machte Parteipräsident Philipp Müller klar. Auch für Bundesrat Didier Burkhalter, welcher sich in seinem Jahr als OSZE-Präsident aktiv für die Freiheit einsetzte, ist dieser Wert von grundlegender Bedeutung.

Keine Selbstverständlichkeit

Freiheit wird per Definition immer wieder durch Eingriffe bedroht – in unserer Gesellschaft ist dieser Eingriff oft durch Umverteilungsgelüste motiviert. Immer mehr Regulierungen und Bürokratie beschneiden die Freiheit und damit das Glück der Menschen.

Freiheit ist also keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis unseres Engagements, und sie muss jeden Tag neu erkämpft und erhalten

Freiheitsindex – wo steht Ihr Kanton?

Die Avenir Suisse bietet auf ihrer Homepage einen interaktiven Freiheitsindex an. Auf diesem können die Kantone der Schweiz nach unterschiedlichen Kriterien bewertet werden. So ergibt sich ein gutes Bild, in welchem Kanton welche Verbote, Öffnungszeiten oder steuerliche Belastung die Bevölkerung und die Unternehmen einschränken.

<http://www.avenir-suisse.ch/34124/der-avenir-suisse-freiheitsindex/>



Daniela Schneeberger

werden. Gefährlich sind schleichende Veränderungen, die allein einen kaum sichtbaren Verlust an Freiheit erzeugen und z.B. unter dem Stichwort einer falsch verstandenen «Gerechtigkeit» daher kommen. Darum setzt sich die FDP für weniger Bürokratie und Regulierungen ein. Darum fordern wir Pragmatismus statt dem ständigen Ruf nach mehr Staat.

Persönliche Freiheit ist bedroht

Abschottung gegen aussen; die Aufkündigung der Verträge mit der EU; Lohngrenzen wie 1:12; Mindestlohn; Erbschaftssteuer; das Aufbauen von ideologischen Grenzen zu anderem; Abbau des Föderalismus durch Zentralismus; Fettsteuern, damit wir das richtige essen; Babysitter-Kurse für Grosseltern; Technologieverbote usw. Dies alles sind Eingriffe in die Freiheit im Denken und im Handeln der Schweizerinnen und Schweizer.

Nur wenn wir es schaffen, solche falschen Rezepte und solche falschen Konzepte zu durchleuchten und den Menschen klarzumachen, wie uns systematisch die Freiheit genommen wird, dann erreichen wir unser Ziel: individuelle Selbstbestimmung, Freiheit und Eigenverantwortung.

Freiheit bedingt, Verantwortung zu übernehmen

Freiheit ist nie grenzenlos und verlangt von uns, Verantwortung wahrzunehmen – gegenüber sich selber und gegenüber unseren Mitbürgern. Die FDP fordert, dass alle ihr Leben selbstbestimmt und individuell gestalten können. Damit dies funktioniert, fordern wir von allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land einen gewissenhaften und verantwortungsvollen Umgang mit der gewährten Freiheit.

Unsere Politik ist so gestaltet: Wir machen Gesetze auf der Basis des Vertrauens in die rechtschaffenen Menschen und Firmen. Wir arbeiten für die Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, die offen und vertrauensvoll ist.

Keine Scheuklappen

Es ist jedoch nicht nur der Ruf nach immer mehr Staat, welcher unsere Freiheit einschränkt. Vertrauen wird durch Kontrolle ersetzt. Stolz auf Leistung wird ersetzt durch Neid und Misgunst. Auch die von rechts propagierte Abschottung der Schweiz raubt uns die Freiheit. Sich selber zu isolieren, alles Fremde und Andersartige auszusperren, wird uns nicht freier machen, sondern immer mehr einschränken und begrenzen. Nationalstolz ist gut, wenn er nicht die anderen ausgrenzt – sondern stolz macht. Wer hingegen Grenzen zieht, bewahrt sich keine Freiheit, sondern schliesst sich selber ein.

Wir wollen eine offene und fortschrittliche Schweiz. Freiheit erfordert eine Offenheit gegenüber Neuem und für Veränderungen. Die FDP freut sich, Teil einer sich verändernden, bewegenden Welt zu sein. Wir wissen, dass die Welt nicht an den Grenzen der Schweiz endet. Für die FDP erfordert Freiheit Selbstverantwortung, Aufgeschlossenheit und Neugierde. Dafür steht die FDP mit all ihren Vertreterinnen und Vertretern auf allen Stufen.

Kämpfen Sie mit uns für Freiheit

Die FDP lädt alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz ein, gemeinsam für die Freiheit einzustehen und sich für ein freiheitliches Leben einzusetzen. Unterstützen Sie uns im Einsatz für weniger Regulierungen und Bürokratie! Stehen Sie mit uns ein für eine offene, aufgeschlossene und fortschrittliche Schweiz, die sich den Herausforderungen der Welt stellt! Wir sind überzeugt, mit mehr Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt unser Land weiterhin eigenständig und erfolgreich halten zu können. Wir sind überzeugt, mit unseren Werten und unserem Einsatz den Wohlstand in der Schweiz bewahren zu können. Wir sind überzeugt, mit Ihnen zusammen unsere weltweit einmalige Lebensqualität sichern zu können.

Kurzinterviews mit drei Persönlichkeiten

Daniela Schneeberger

Was bedeutet Freiheit für Sie?

Freiheit ist es, gestalten zu können und sein Leben selbst in der Hand zu haben. Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, Selbstbewusstsein sind für mich keine Schlagworte. Ich vertraue anderen Menschen – in meiner Wunschgesellschaft braucht es nur wenig Regeln und kaum Bürokratie.

Wie leben Sie Freiheit?

Indem ich mich engagiere, für andere, für die Gesellschaft. Wenn man in einem Verein gemeinsam etwas auf die Beine gestellt hat und dann zusammensitzt, lacht und den gemeinsamen Erfolg genießt. Das ist ein Stück echter Freiheit.

Wie setzen Sie sich politisch für die Freiheit ein?

Das steht in meinen Vorstössen und im Programm der FDP. Ich kämpfe gegen jene Politik, die uns Bürgern das Leben schwermacht durch immer teurere Versprechen und hohe Abgaben. Freiheit heisst Verantwortung, für sich und die anderen – aber sicher nicht Bevormundung.

Hans-Peter Portmann

Was bedeutet Freiheit für Sie?

Der Violinist Yehudi Menuhin sagte einmal: «Freiheit ist nicht Freiheit, zu tun, was man will; sie ist die Verantwortung das zu tun, was man tun muss.» Verantwortung übernehmen zu können, ist eine Grundvoraussetzung für die individuelle Entwicklung von Charakter, Geist und Herz. Die Freiheit, Verantwortung übernehmen zu dürfen, ist das Geschenk einer selbstbestimmenden Gesellschaft, ist das Ergebnis von zivilisierten Kulturen und sollte das Credo von offenen, nicht absolutistischen Macht-Religionen sein.

Wie leben Sie Freiheit?

Wenn es mir gelingt, bei all meinem Wirken meinen inneren Überzeugungen treu bleiben zu können, dann wird mir eine grosse Zufriedenheit zuteil, und dann fühle ich mich wahrhaftig frei.

Wie setzen Sie sich politisch für die Freiheit ein?

Im politischen Alltag ist für mich unsere Bundesverfassung eine Richtschnur. Darin sind für uns alle die Rechte und Pflichten, welche auf einem einzigartigen Vertrauensverhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern basiert, verbrieft. Dies bringt mich dazu, nicht immer ins gleiche Horn wie der Mainstream zu blasen. «Die Fähigkeit, das Wort Nein auszusprechen, ist der erste Schritt zur Freiheit», sagte einmal der französische Schriftsteller Nicolas Chamfort.

Petra Gössi

Was bedeutet Freiheit für Sie?

Freiheit ist ein Geschenk, und wir in der Schweiz gehören diesbezüglich – gemessen an der gesamten Erdbevölkerung – zu den Privilegierten. Dies geht leider oft vergessen, auch wenn man dafür nur die täglichen Nachrichten anschauen müsste.

Wie leben Sie Freiheit?

Der Wert der Freiheit fällt mir immer dann auf, wenn ich gezwungen bin, in meinen Augen unsinnige Regulatorien zu erfüllen. Grundsätzlich lebe ich die Freiheit nicht explizit aus. Ich schätze sie aber ganz einfach, und dies fällt mir besonders dann leicht, wenn ich in der Natur bin. Dort wird mir speziell bewusst, was es bedeutet, in diesem Land zu leben. Das motiviert wiederum, mich politisch für das Wohl von Land und Volk einzusetzen.

Wie setzen Sie sich politisch für die Freiheit ein?

Ich konnte keinen Beitrag dafür leisten, dass wir in Freiheit leben. Mein Beitrag beschränkt sich auf die Erhaltung der Freiheit. Damit meine ich nicht nur die Autonomie unseres Staates, sondern die Freiheiten im persönlichen Alltag. Ich wehre mich gegen unnötige Regulierungen und Gesetze und appelliere an die Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Wer diese wahrnimmt, weiss auch die Freiheit zu schätzen.

Freiheit

**Freiheit bedeutet, dass wir unser Leben selbstbestimmt leben können.
Freiheit ist aber nicht grenzenlos und verlangt Verantwortung.**

Wir kämpfen für die Freiheit und übernehmen Verantwortung.

EMRK

Mehr Schutz für jeden einzelnen Menschen

Liebe Freisinnige

Aufgrund politischer Initiativen werden in diesem Wahljahr tragende Grundwerte der Schweiz auf den Prüfstand gestellt. Dazu zählt auch unser internationales Einstehen für die Grund- und Freiheitsrechte.

Weit über den Verfassungsauftrag hinaus ist gerade dieses Engagement fest in der Tradition unseres Landes verankert. Das friedliche Zusammenleben und der gegenseitige Respekt zwischen Bevölkerungsgruppen, die humanitäre Tradition der Schweiz und ihre Guten Dienste, Rechtsstaatlichkeit sowie eine liberale Wirtschaftsordnung, verbunden mit Solidarität, gelten als spezifische und grundlegende Werte der Schweiz. Diese Werte schaffen hohe Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, die wesentlich zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgsmodell der Schweiz in Europa und in der Welt beigetragen haben.

Johann Heinrich Pestalozzi hat diesen Zusammenhang schon vor 200 Jahren erkannt. 1815 schrieb er: «Ihr kennt kein Völkerrecht ohne ein Volksrecht und kein Volksrecht ohne ein Menschenrecht.» Diese Aussage macht deutlich, dass wir uns in der Schweiz schon lange jenen Werten verpflichtet fühlten, die erst viel später unter dem Begriff der Menschenrechte im Völkerrecht zur universellen Anerkennung gelangt sind.

Der liberale Bundesstaat Schweiz nahm damit bereits wesentliche Elemente der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vorweg. Diese wurde nach dem 2. Weltkrieg im Rahmen des Europarates ausgearbeitet und sollte sich als ein wichtiges Fundament für Stabilität, Frieden und Rechtsstaatlichkeit in Europa erweisen.



Die EMRK verstärkt den Schutz der durch unserer Bundesverfassung garantierten Grundrechte.

Heute nimmt die EMRK einen festen Platz in unserem Rechtsleben ein und ist Massstab für die gesetzgebenden und die rechtsanwendenden Behörden. Sie verstärkt dadurch den Schutz der durch unsere Bundesverfassung garantierten Grundrechte der Menschen in der Schweiz. Die EMRK

sichert also die Rechte jedes einzelnen Menschen in der Schweiz und ist ein Bollwerk der Demokratie vor staatlicher Willkür.

Auch die Schweiz ist durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden. Seit 1974 wurden aber vom Gerichtshof

nur gerade 1,6 Prozent der Beschwerden gegen die Schweiz gutgeheissen – 98,4 Prozent wies der Gerichtshof hingegen ab. Dass nicht alle Urteile mit Applaus aufgenommen wurden, liegt in der Natur der Sache. Der Europäische Gerichtshof wie auch unser Bundesgericht sind dem Recht und nicht dem politischen Mainstream verpflichtet. Doch sind viele Urteile, die seinerzeit kontrovers aufgenommen wurden, mittlerweile unbestrittene rechtsstaatliche Errungenschaften und für uns heute selbstverständlich, etwa die Gleichbehandlung der Ehegatten in Bezug auf das Namensrecht oder das Recht auf Zugang zu einem Gericht im Strafverfahren.

Die EMRK kann aber nicht nach Belieben durch den Europäischen Gerichtshof gegenüber den Mitgliedstaaten angewendet werden: Sie gilt subsidiär. Das bedeutet, dass in erster Linie die Mitgliedstaaten die Pflicht und das Recht haben, die EMRK anzuwenden, und zwar im Verhältnis des einzelnen Menschen und dem Staat wie auch im Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten.

In Zeiten, in denen kriegerische Auseinandersetzungen selbst zwischen Mitgliedstaaten des Europarates möglich sind und in denen Meinungsäusserungsfreiheit und Schutz der Privatsphäre immer wieder unter Druck kommen, ist es wichtig, die grundlegende Bedeutung der EMRK für unseren Kontinent und unser Land zu unterstreichen. Demokratische Mitwirkung und die Freiheit des Einzelnen sind identitätsstiftende Werte, die auch die Schweiz stark machen und für die sich die FDP seit jeher einsetzt. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir weiterhin für die Grund- und Freiheitsrechte einstehen – und damit auch für die EMRK.

**Ihr Didier Burkhalter,
Bundesrat**

Familieninitiative

Steuerfreie Kinderzulagen sind keine Lösung, sondern ein Problem

Am 8. März stimmen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger über die CVP-Familieninitiative ab, welche die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien will. *FDP.Die Liberalen* spricht sich gegen die Initiative der CVP aus, da diese nicht zielgerichtet ist, hohe Ausfälle verursacht und das Steuersystem verletzt.

Andrea Caroni, Nationalrat AR

Die Hauptfolge dieser Initiative wären enorme Steuerausfälle. Der Bundesrat schätzt, dass dem Bund etwa 200 Millionen Franken und den Kantonen etwa 760 Millionen Franken an Steuereinnahmen entgehen würden. Um die Schuldenbremse einzuhalten, müsste der Staat also andere Leistungen streichen oder die Steuern für den Mittelstand erhöhen. Beides hätte wieder negative Auswirkungen auf die Familien.

Besonders profitieren von der Initiative würden wohlhabende Familien: Denn je höher das Einkommen, desto grösser ist der Nutzen aus einem steuerlichen Abzug. Grösster Gewinner wäre Roger Federer, der von einem enormen Einkommen gleich vier Kinderabzüge machen könnte. Umgekehrt zahlen etwa die Hälfte aller Familien mit Kindern bereits heute keine direkte Bundessteuer. Aus diesem Grund würde vielen mittelständischen und den meisten einkommensschwachen Familien mit der neuen Steuerbefreiung zumindest auf Bundesebene gar nicht geholfen. Die Initiative ist also nicht nur eine Giesskanne – sondern eine kaputte obendrauf.

Zulagen gleich wie Lohn versteuern ist nur fair

Weiter verletzt die Initiative ein grundlegendes Steuerprinzip: Die Besteuerung erfolgt nach Leistungsfähigkeit. Die Einkommensteuer beruht darauf, dass Einkommen dann steuerbar ist, wenn es zu einer Erhöhung des Reinvermögens und damit zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kommt. Nun gibt es bei den Einkommenssteuern zwar gewisse



Andrea Caroni

Ausnahmen, vor allem aus sozialpolitischen Gründen. Das betrifft insbesondere Leistungen, die wegen tatsächlichem Bedarf, also wegen einer Notlage, ausgerichtet werden, so die

Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV. Diese dienen vor allem der Sicherung des Existenzminimums. Kinderzulagen stellen hingegen klar eine Erhöhung des Reinvermögens und somit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dar. Deshalb ist es nur korrekt und fair, dass diese Zuwendungen genau gleich wie der hart erarbeitete Lohn versteuert werden müssen.

Weiter werden Familien bereits heute vom Staat mit vielen Milliarden unterstützt, mit Kinderzulagen, Prämienverbilligungen, Kinderabzügen, Versicherungsabzügen, Elterntarif, Kinderrenten und Krippensubventionen usw. Für eine weitere Milliarde

(schlecht verteiltes) Geld ist kein Anlass da.

Einfache und tiefe Steuern für alle

Systematisch korrekt und für Familien wirkungsvoll ist einzig die Forderung der FDP, dass die Steuerabzüge für Kinderbetreuungskosten erhöht werden sollen. Die FDP setzt sich seit jeher für ein einfaches Steuersystem mit wenigen Abzügen und tiefen Tarifen für alle ein. Die CVP-Initiative zielt in die umgekehrte Richtung. Das kostet aber viel und hilft den bedürftigen Familien nicht. Daher lehne ich diese Initiative ab. Der Staat kann Familien unterstützen – aber bitte nicht so.



Der Staat kann Familien unterstützen – Die Initiative der CVP ist aber der falsche Weg.

Interview mit Christian Wasserfallen

Nein zum grünliberalen Experiment der Energiesteuer

Am 8. März 2015 stimmen wir über die grünliberale Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ab. Warum genau diese Energiesteuer vor allem negative Auswirkungen hat und welche dies genau sind, erläutert Nationalrat Christian Wasserfallen dem Schweizer Freisinn in einem Interview.

Was genau möchte die von den Grünliberalen eingebrachte Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»?

Die grünliberale Partei möchte die Mehrwertsteuer abschaffen und durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energien (Uran, Kohle, Öl, Gas), eine Steuer auf graue Energie, ersetzen.

Die GLP will die Förderung von sauberen Energien. Das klingt doch eigentlich ganz gut?

Auf den ersten Blick ja. Schaut man jedoch genauer hin, so merkt man, dass den Initianten zahlreiche Denkfehler unterlaufen sind. So stellt die Mehrwertsteuer mit knapp 35 Prozent die wichtigste Einnahmequelle für den Bund dar. Laut Initiativtext soll die Energiesteuer gleich viele Einnahmen generieren wie die Mehrwertsteuer, was verfassungsmässig am Anfang garantiert würde. Dies läuft aber dem eigentlichen Ziel der Initiative entgegen. Denn durch die Energiesteuer sollen die Menschen dazu bewogen werden, vermehrt auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die dadurch erfolgten Einbussen bei den Energiesteuereinnahmen müssten durch eine Erhöhung dieser Steuer gleich wieder ausgeglichen werden. Der entstehende Teufelskreis würde die Energiesteuer in völlig ausufernde Höhen treiben.

Von was für Preisen für Energie sprechen wir hier?

Schon gleich bei Einführung der neuen Steuer käme es zu einer massiven Preiserhöhung: Laut Berechnungen des Bundesrates würde der Liter Benzin 3 Franken mehr, also insgesamt rund 5 Franken kosten und der Liter Heizöl 3.30 Franken mehr. Der Strompreis würde sich auch deutlich erhö-



Christian Wasserfallen: Mit dieser Initiative würde Strom, Benzin und Heizöl zum Luxusgut.

hen. Damit würden Strom, Benzin und Heizöl zu einem Luxusgut.

Dies beträfe aber nicht nur die Privathaushalte, sondern auch die Wirtschaft.

Ja genau. Die Energiesteuer hätte auch massive Auswirkungen auf den Arbeitsplatz Schweiz und die KMU. Durch die höheren Energiekosten würden

auch die Schweizer Produkte massiv teurer. Dieser Wettbewerbsnachteil für unsere Wirtschaft, gerade in Zeiten des starken Frankens, würde zahlreiche Arbeitsplätze und unseren Wohlstand gefährden.

Aber würde eine Abschaffung der Mehrwertsteuer nicht die Konsumenten entlasten?

Im Grunde ja. Doch hier kommt ein weiterer Denkfehler der Initianten zum Tragen: Einkommensschwache Schichten haben in ihrem Haushaltsbudget einen vergleichsweise höheren Anteil an Energieprodukten. Diese Haushalte würden also stärker belastet und können nicht in Energieeffizienz investieren. Am meisten unter der Energiesteuer würden also gerade die-

jenigen leiden, die sowieso schon auf ihr Geld achten müssen. Denn Energie ist ein Grundbedürfnis. Auf Strom für Licht und den Kochherd, auf die Heizung im Winter und je nachdem auf Benzin für das Auto kann man nicht einfach so verzichten, nur weil es teurer wird. Daher ist die neue Steuer asozial.

Wie sieht es denn mit der praktischen Umsetzung aus?

Auch da gibt es grosse Probleme: So hätte die Schweiz in der Folge ein völlig anderes Steuersystem als die anderen Länder der Welt. Für die Exportindustrie würde dies grosse Probleme aufwerfen, da normalerweise die Mehrwertsteuer in dem Land verrechnet wird, wo das Produkt zum Verkauf kommt. Schweizer Güter würden nun aber sowohl mit der Schweizer Energiesteuer, als auch mit der ausländischen Mehrwertsteuer des Importlandes belegt. Absurd könnte es werden,

dass neben Strom aus Kohlekraftwerken eben auch die Wasserkraft neu besteuert würde, weil das internationale Handelsrecht keine einseitigen Benachteiligungen von gleichen Produkten zulässt.

Dazu kommt: Der komplizierte Systemwechsel, zahllose Ausnahmen und die Besteuerung der grauen Energie bei sämtlichen Produkten wären ebenfalls zu bewältigen. Wir würden also ein Bürokratiemonster und neue Handelshemmnisse erschaffen, welche die administrativen Belastungen für unsere KMU noch weiter vergrössern.

Was für Vorschläge hat denn die FDP zur Energiepolitik?

Für die FDP ist die Energie- mit der Klimapolitik verbunden. Dies darf jedoch die Wirtschaft und die Arbeitsplätze nicht gefährden. Anstatt den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Industrie ständig neue Steuern aufzubürden, fordert die FDP echte steuer-

liche Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Als Basis fordern wir schon lange den MWST-Einheitssatz, was viel weniger Bürokratie ergeben würde. Die FDP hat zudem mit der parlamentarischen Initiative 14.436 «Für eine umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung» den Weg aufgezeigt, wie wir den Übergang vom Subventions- zum Lenkungssystem inklusive Zeitplanung schaffen. Dazu soll die bestehende CO₂-Abgabe in eine echte Lenkungsabgabe auf Brennstoffen umgewandelt und Subventionen aufgehoben werden – und das bis spätestens 2020. Dies beinhaltet, dass sich Unternehmen wie Hauseigentümer durch das Abschliessen und Einhalten von Zielvereinbarungen von der Lenkungsabgabe befreien lassen können. Die FDP will den ökologischen Wandel durch Anreize und nicht durch neue Steuern und Subventionen erreichen – eben echt liberal und nachhaltig.

Die Energiesteuer wurde auch vom Parlament deutlich abgelehnt. Wie denken Sie wird die Abstimmung ausgehen?

Genau, der Nationalrat hat sich mit 171 Nein zu 27 Ja sehr deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. SVP, FDP, CVP, BDP, EVP und SP sagten einstimmig Nein. Und auch der Bundesrat hat sich dagegen ausgesprochen.

Ich habe grosses Vertrauen in die Bevölkerung und dass die Stimmbürger erkennen, was diese Initiative wirklich ist: schlecht durchdacht und schwer umsetzbar, schädlich für die Wirtschaft und belastend für die finanziell Schwachen in unserer Gesellschaft.

Deshalb: lassen wir uns nicht auf dieses Experiment ein und stimmen am 8. März Nein zur «Energie- statt Mehrwertsteuer»-Initiative!

Abstimmung vom 8. März 2015

Unsinnig und teuer!



Energie-Steuer
NEIN

NEIN zu einer unsinnigen Steuer

Die Initiative will die Mehrwertsteuer abschaffen. Damit zerstört sie ein bewährtes System und wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Sichere Einnahmen werden durch unsichere ersetzt. Das gefährdet die Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben.

NEIN zu einer neuen teuren Steuer

5 Franken pro Liter Benzin und massiv höhere Heiz- und Stromkosten! Die neue Energie-Steuer führt zu grossen Belastungen, insbesondere für Mittelstand, KMU und Randregionen.

NEIN zu einer schädlichen Steuer

Wird Energie massiv besteuert, belastet dies vor allem den Arbeitsplatz. Schweizer Produkte im Ausland werden noch teurer. Das kostet Arbeitsplätze und Wohlstand.

www.energiesteuer-nein.ch

Frankenstärke

Libérale Rezepte für die Schweiz

Die Abschaffung des Mindestkurses bringt die Schweizer Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze in unserem Land unter Druck. *FDP.Die Liberalen* fordert deshalb, dass der Standort Schweiz durch die bestmöglichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestärkt wird.

Gleich nach Bekanntgabe der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die FDP reagiert und ein Positionspapier verfasst, welches Lösungen vorschlägt, um die Situation für die Schweizer Wirtschaft zu entschärfen. Dieses Papier wurde an der Delegiertenversammlung vom 31. Januar in Lugano einstimmig angenommen. Es zeigt einen liberalen Weg auf, um die aktuelle Krise zu meistern und die Schweizer Wirtschaft für die Zukunft zu rüsten.

Unabhängigkeit muss gewahrt bleiben

Die FDP respektiert die Institutionen und anerkennt die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank (SNB). Es ist nicht an der Politik, sich in die geldpolitischen Aufgaben der SNB einzumischen. Die FDP ist überzeugt, dass die Schweizer Unternehmen stark genug sind, um sich nach dem Markt auszurichten und sich Veränderungen anzupassen. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Zu lange hat die Politik geschlafen, und die Rahmenbedingungen wurden durch immer mehr Regulierungen verschlechtert. Dem müssen wir entgegenwirken. Nur so können wir Desindustrialisierung und Verlagerung der Produktionsstandorte ins Ausland verhindern.

Die Wirtschaft sind wir alle. Sie ist kein Selbstzweck, sondern schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Dank breiter Abstützung auf starke Unternehmen jeglicher Grösse im Werk- und Finanzplatz können wir Krisen trotzen. Die gegenwärtige Stimmung der Unsicherheit in unserem Land, die durch

den Frankenschock akzentuiert wird, können wir überwinden, wenn wir für die Herausforderungen gute Lösungen finden.

Fünf vor zwölf

Es ist fünf vor zwölf: Die Politik muss die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rasch und effektiv verbessern. Das bedeutet: weniger Bürokratie und Regulierungen, tiefere Steuern und Gebühren, Massnahmen zu Gunsten einer offenen und innovativen

Schweiz. Das bedeutet aber auch, dass sich der Staat nicht auf Kosten der Wirtschaft ausbreiten und wachsen kann.

Was die Schweizer Wirtschaft so unvergleichlich stark macht, ist ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie stellt sich weltweit der Konkurrenz, setzt auf Innovation und ist leistungsorientiert. Ein weiterer Trumpf unserer Wirtschaft ist die hohe Qualität der Produkte von KMU, Gewerbe und Landwirtschaft, welche einen essenziellen

Teil unserer Wirtschaft darstellen.

Diese Vorteile müssen gewahrt werden. Da helfen kein Lamentieren, keine Abschottung und kein Beitritt zur EU. Was die Schweiz nun braucht, sind kluge Lösungen und eine verantwortungsbewusste Politik. In Lugano präsentierte die FDP ihr Positionspapier «Libérale Rezepte für die Schweiz». Das Positionspapier enthält insgesamt 18 Forderungen, und diese können in fünf Gruppen eingeteilt werden:



1. Bürokratie abbauen

Vor allem Unternehmen leiden unter dem grossen administrativen Aufwand, den sie durch bürokratische Hürden auf sich nehmen müssen. Dies kostet Zeit und Geld. Unnötige und komplizierte bürokratische Normen müssen deshalb abgeschafft oder vereinfacht werden. Dies gilt besonders für die Zoll-Bürokratie. Diese ist mitverantwortlich für die Hochpreisinsel Schweiz. Ebenfalls zu überprüfen sind die verschiedenen Unternehmensgebühren. Durch den Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 6 Prozent (mit Steuerbefreiung für Grundnahrungsmittel und Medikamente) würde einerseits viel administrativer Aufwand entfallen, und andererseits würden die Haushalte entlastet. Im Falle einer Rezession könnte dieser auch einfach durch die Senkung des Einheitssatzes entgegengewirkt werden.

2. Der Wirtschaft keine neuen Steine in den Weg legen

Europa bleibt unser wichtigster Handelspartner. Die bilateralen Verträge mit der EU umfassen wichtige Bereiche wie Forschung, Zollerleichterungen und Beschaffungswesen. Diese Errungenschaften dürfen jetzt erst recht nicht in Frage gestellt werden. Wettbewerbsschädliche Projekte (Energistrategie 2050, Lohnpolizei, Grüne Wirtschaft) und neue Steuern (Erbschafts- und Schenkungssteuer, Energiesteuer) müssen unbedingt verhindert werden. Den flexiblen und liberalen Arbeitsmarkt und die bewährten Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen zwischen den Sozialpartnern müssen wir unbedingt erhalten.

3. Investitionen und Wertschöpfung am Standort Schweiz fördern

Eine rasche Durchführung der Unternehmenssteuerreform III, ohne Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit, ist notwendig. Die Stempelsteuer macht Unternehmensfinanzierungen zurzeit unattraktiv und gehört daher abgeschafft. Durch eine besser koordinierte Standortförderung, sowohl für den Tourismus- als auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz, können diese Mittel effizienter eingesetzt werden. Dazu gehört auch eine Stärkung der

Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur.

4. Offenheit und Innovation sichern eine erfolgreiche Schweiz

Innovation, Forschung und Bildung müssen gefördert und bürokratische Hürden für Start-ups möglichst gering gehalten werden. Dazu gehören auch neue Freihandelsabkommen, die internationale Forschungszusammenarbeit und der nationale Innovationspark. Die Ladenöffnungszeiten müssen endlich liberalisiert werden. Besonders gilt dies in Tourismus- und Grenzregionen.

5. Staatliches Handeln zu Gunsten der Wirtschaft

Die Ausgaben des Staates und die Anzahl staatlicher Stellen (Ausnahme bei der Bildung) dürfen in den nächsten Jahren nicht wachsen, und es sollen keine neuen Steuern erhoben werden. Staatsbetriebe haben sich auf ihre Aufgaben im Service Public zu beschränken, und wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen sind abzuschaffen. Die Altersvorsorge darf nicht mittels einer Mehrwertsteuer- und Lohnnebenkostenerhöhung saniert werden.

Wahlkampf auf Kosten der Zukunft

Die Schweiz und die Parteien befinden sich im Wahlkampf, und es ist verlockend, sich Wählerstimmen durch Wahlgeschenke in Form von Steuererleichterungen oder Polemik sichern zu wollen. Für die FDP kommt dies nicht in Frage. Es gilt jetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten, damit der Wohlstand gesichert werden kann und wir auch weiterhin hohe Beschäftigungszahlen haben. Nur wenn es unserer Wirtschaft gutgeht und sie im internationalen Wettbewerb bestehen kann, wird die Schweiz auch weiterhin eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit und beinahe Vollbeschäftigung haben können. Die Forderungen der FDP zielen genau darauf ab. Es sind keine Wahlgeschenke, sondern langfristige Lösungen, um unseren Unternehmen auch in schwierigen Zeiten optimale Rahmenbedingungen bieten zu können.

Unsere Forderungen lauten:

1. Senkung der administrativen Kosten für Unternehmen
2. Abbau der Bürokratie am Zoll für Import und Export
3. Senkung der Gebühren für Unternehmen
4. Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 6 Prozent mit Steuerbefreiung für Grundnahrungsmittel
5. Rasche Senkung der Mehrwertsteuer im Fall einer schweren Rezession
6. Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU
7. Wettbewerbsschädliche Projekte stoppen
8. Keine neuen Steuern, keine Wahlgeschenke
9. Flexiblen und liberalen Arbeitsmarkt erhalten
10. Rasche und effektive Unternehmenssteuerreform (USR) III
11. Stempelsteuer schrittweise abbauen
12. Standortförderung unterstützen und Infrastruktur stärken
13. Innovation, Forschung und Bildung fördern
14. Weitere Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz abschliessen
15. Liberalisierung statt Marktabschottung
16. Der Staat darf nicht auf Kosten der Wirtschaft wachsen
17. Keine Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen
18. Keine überteuerte Reform der Altersvorsorge

Wenn Ideen fliegen lernen!

Ein herzliches Hallo an alle FDP Mitglieder und Sympathisanten,

Seit geraumer Zeit befasse ich mich mit unterschiedlichen Themen und bin stets auf der Suche nach aktiven Mitstreiterinnen und Mitstreitern.

Dazu habe ich alles in der Broschüre „SES Vision“ zusammengefasst und herausgegeben. Inhaltlich handelt es sich um laufende Projekte und Ideen für neue Projekte, wie zum Beispiel für das Finden von Fachkräften oder für Media- und Crossmediaprodukte. Für alle Projekte und Ideen gilt, je mehr aktiv mitmachen und auch bereit sind Geld zur Verfügung zu stellen, desto grösser werden die Erfolgsaussichten.

Zum Mitmachen in einem Projekt oder für eine Idee reichen auch schon 100 Franken. In diesem Sinne ist es ein Crowdfunding. Als Organisator, Koordinator und Initiant wäre es eine grosse Freude für mich, wenn ich Sie für die nachstehenden konkreten Projekte und zukünftigen Start-up Unternehmen begeistern kann. Die sind nämlich schon so weit fortgeschritten, dass diese bereit sind für einen Testflug.

Start-up Carbon Fuel Schweiz (CFS)

Das erste Teilprojekt von CFS befasst sich mit der Gewinnung von schwefel- und teerfreiem Syngas aus Holz für Diesel, Flugbenzin und Naphthan. Die Technologie dazu kommt aus Deutschland und aus Frankreich.

Aus dem heissen Dampf aus der Produktionskühlung und der Hitze können optional auch noch Energie und Wärme gewonnen werden. Zusätzlich können als weitere Optionen Solar- und örtlich angepasste Windkraftanlagen auf dem dereinst benötigten Industrieareal miteingeplant werden.

Das zweite Teilprojekt von CFS befasst sich mit der Gewinnung von Kohle aus Klärschlamm für die Wärme- und Energiegewinnung. Mit einer separierten zweiten Anlage kann zudem aus belastetem Grüngut Kohle gewonnen werden.

Es gibt unterschiedliche Anlagenanbieter aus Deutschland und der Schweiz sowie eine spezialisierte Firma in der Schweiz, welche für die Anlagen Planung und Inbetriebsetzung in Frage kommt.

Für die weitere Projektbearbeitung als Start-up sind jetzt dringend Aktionärinnen und Aktionäre gesucht und zusätzliche Investoren für die beiden Projekte.

Start-up Bernerburgen

Mit diesem Projekt soll die Errichtung der Stiftung Bernerburgen erreicht werden. Der Verein Berner Burgen und Schlösser (www.bernerburgen.ch) wurde 2009 gegründet und hat die Grundlagen erarbeitet. Nach diesen längeren Abklärungen und vielen Gesprächen sind wir jetzt überzeugt, dass unser Konzept für diese neue Stiftung erfolgreich sein kann.

Über die geplanten Richtlinien sind thematische Einzelfonds vorgesehen. Dazu haben wir geplant, dass nur der Ertrag aus dem Vermögen der Stiftung ausgegeben wird.

Was wir jetzt als Verein brauchen ist Geld fürs Stiftungskonto. Persönlich freue ich mich natürlich auch über neue aktive Mitglieder im gemeinnützig anerkannten Verein.

Adresse: Verein Berner Burgen und Schlösser, c/o Adrian Dellenbach, Sonnrainstrasse 11, 3510 Konolfingen

Konto IBAN für die Stiftung: CH18 8081 1000 0045 3244 0

Konto IBAN für den Verein: CH04 8081 1000 0045 3240 1

Bank: Raiffeisenbank Kiestental, Kreuzplatz 6, 3510 Konolfingen



Mehr Informationen können Sie im SES Vision nachlesen. Auf www.adidel.ch im Bereich Media steht es als PDF zum Download bereit. Gedruckte Exemplare können bei mir bestellt werden solange der Vorrat ausreicht.
Kontakt:
Adidel.ch – Adrian Dellenbach
Sonnrainstrasse 11
3510 Konolfingen
dellenbach-a@adidel.ch



Nein zur CVP-Familieninitiative

Zielgerichtete Unterstützung von Familien statt Giesskannenprinzip

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
der FDP Frauen



Claudine Esseiva

Nach der gescheiterten SVP-Initiative zur steuerlichen Entlastung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen, fordert nun die CVP mit ihrer Initiative «Familie stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» eine weitere steuerliche Entlastung der Familien.

Wie die SVP-Vorlage hört sich auch diese Initiative auf den ersten Blick verlockend an, denn die Mittelschicht zu entlasten, ist auch ein Hauptanliegen der FDP Frauen. Doch ist die CVP-Familieninitiative leider ein fal-

sches Steuergeschenk, denn die Initiative ist nicht zielgerichtet und unfair.

Höhere Steuern für alle?

Eine steuerliche Freistellung der Kinder- und Ausbildungszulagen würde jährlich zu Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken für Bund, Kantone und Gemeinden führen. Damit wäre weniger Geld vorhanden für sinnvolle und zielgerichtete Hilfe für Familien, die es brauchen.

Und es müssten folgerichtig die Steuern für alle wieder angehoben werden, um diese Ausfälle zu kompensieren. Viele Kantone haben eng geschnürte Sparpakete. Die CVP schweigt sich aus, wie die Kantone die

Steuerausfälle kompensieren sollen. Wo soll man dann sparen, bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der Sicherheit?

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die FDP Frauen sehen grossen Handlungsbedarf bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier braucht es gezielte Unterstützung, zum Beispiel bei der Schaffung von Tageschulen und Kita-Plätzen und kein Giesskannenprinzip à la CVP.

Lassen Sie sich durch den verlockenden Titel nicht blenden. Die CVP-Familieninitiative ist ein unfaires und falsches Steuergeschenk.

FDP
Die Liberalen



Nein zur CVP-„Familieninitiative“

Sie ist:

- **teuer!**

Sie führt zu mehr als drei Milliarden Steuer- und Beitragsausfällen bei den Sozialversicherungen.

- **gefährlich für die Sozialwerke!**

Sie führt zu 1.3 Milliarden Beitragsausfällen. Allein die AHV verliert fast eine halbe Milliarde jährlich.

- **nicht zielgerichtet!**

Es existieren bereits viele Mittel, Familien zu fördern.



NEIN
zur «Familieninitiative» der CVP

[f /fdp.dieliberalen](https://www.facebook.com/fdp.dieliberalen) [@FDP_Liberalen](https://twitter.com/FDP_Liberalen) www.fdp.ch - info@fdp.ch - PC 30-1141-9 **Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt - aus Liebe zur Schweiz.**



Freiheit

Freiheit muss jeden Tag neu erkämpft werden - sie ist keine Selbstverständlichkeit. Die FDP kämpft gegen immer mehr Bürokratie.

Freiheit bedingt Verantwortung - gegenüber sich selber und gegenüber unseren Mitbürgern. Die FDP fördert Eigenverantwortung.

Freiheit bedeutet, Individualität leben zu dürfen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass jeder sein Leben selbst bestimmen kann.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.